

**Niederschrift über die
56. Sitzung des Kreis Ausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 08.04.2024 in Tawern.**

Beginn: **17:03** Uhr

Ende: **19:40** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter bis 18:50 Uhr (TOP 6 ohne Beschluss)
Herr Gerd Benz Müller Vertretung für Herrn Claus Piedmont

Herr Dirk Bootz

Herr Boris Bulitta

Herr Bernhard Henter

Herr Michael Holstein

bis 19:25 Uhr (TOP 7.2)

Herr Dieter Klever

bis 19:25 Uhr (TOP 7.2)

Herr Markus Lehnen

Frau Stephanie Nickels

Herr Lars Rieger

Vertretung für Herrn Markus Thul; ab
17:10 Uhr (TOP 2)

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Joachim Trösch

Frau Martina Wehrheim

Vertretung für Frau Dr. Kathrin Meß

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Martin Alten

Herr Erster Kreisbeigeordneter Alfons

Rodens

Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder

Verwaltung

Herr Reinhard Benzkirch

Leiter der Abteilung 10 - Sicherheit, Ord-
nung und Verkehr

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Norbert Etringer

Leiter der Abteilung 5 - Schulen und Bil-
dung

Herr Christoph Fuchs

Leiter des Geschäftsbereichs V

Frau Yvonne Mahler

Abteilung 5 - Schulen und Bildung

Frau Ruth Mayer

Abteilung 4 - Wirtschaft, Landwirtschaft
und Weinbau

Frau Angelika Mohr
Herr Thomas Müller
Herr Tobias Pauken
Herr Rolf Rauland
Herr Norbert Rösler

Gleichstellungsbeauftragte
Leiter Büro des Landrates
Büro des Landrates - Sitzungsdienst
Leiter des Geschäftsbereichs IV
Leiter der Abteilung 11 - Bauen und Umwelt
Abteilung 11- Bauen und Umwelt
Büro des Landrates - Pressestelle

Herr Andreas Schäfer
Frau Helena Schares

Gäste

Herr Ralf Jakobs
Herr Christian Kremer
Herr Janosch Littig

LBM Trier
Trierischer Volksfreund
Staatssekretär

nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Dr. Kathrin Meß
Herr Claus Piedmont
Herr Markus Thul

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Verwaltung

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs III; entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung sowie die Gäste. Er stellt ferner die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Es bestehen keine Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

3. **K 57 ab K 63 freie Strecke über Gutweiler (OD) bis Abfahrt K 12 (Richtung Waldrach); Vorlage: 0105/2024/1**
4. **Beauftragung einer Beratung für die Ausschreibung „Digitalisierung und Vernichtung von Ausländerakten und Durchführung des Vergabeverfahrens“; Vorlage: 0109/2024**
5. **Gemeinsamer Austausch über die aktuelle Flüchtlingssituation mit Herrn Staatssekretär Littig**
6. **Platzkapazitäten am Schulzentrum Schweich: Zügigkeit Stefan-Andres-Gymnasium / Aufnahmebegrenzung in Gemeinsamer Orientierungsstufe
Vorlage: 0425/2023/1**
7. **Informationen und Anfragen**
 - 7.1. **Informationen über die neue Kita-Rahmenvereinbarung; Vorlage: 0137/2024**
 - 7.2. **Übersicht über die kreiseigenen Sporthallen und den Hallen der Verbandsgemeinden; Vorlage: 0138/2024**
 - 7.3. **Weitere Informationen und Anfragen**

3. **K 57 ab K 63 freie Strecke über Gutweiler (OD) bis Abfahrt K 12 (Richtung Waldrach); Vorlage: 0105/2024/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Auftragsvergabe an die Fa. Lehnen, Sehlern für die Straßenbaumaßnahme der K 57 von der K 63 über die OD Gutweiler bis zur Abzweigung K 12 mit einem Gesamtvolumen von 1.187.662,10 € zu. Der Kreisanteil beläuft sich auf 1.158.437,75 €. Der LBM Trier wird darüber hinaus damit beauftragt, für die Ausstattung der freien Strecke der K 57 Aufträge bis zu einem Betrag von 100.000,- € zu vergeben.

4. **Beauftragung einer Beratung für die Ausschreibung „Digitalisierung und Vernichtung von Ausländerakten und Durchführung des Vergabeverfahrens“; Vorlage: 0109/2024**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Beauftragung einer Beratung für die Ausschreibung „Digitalisierung und Vernichtung von Ausländerakten und Durchführung des Vergabeverfahrens“ an die Beratungsgesellschaft Zöller & Partner, Frankfurt zu.

5. **Gemeinsamer Austausch über die aktuelle Flüchtlingssituation mit Herrn Staatssekretär Littig**

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Landrat **Metzdorf** Herrn Staatssekretär **Littig** und geht anschließend auf die aktuelle Unterbringungssituation im Landkreis Trier-Saarburg ein. Hierbei handle es sich bei der Zusammenarbeit von Landkreis und Verbandsgemeinden um eine gemeinschaftliche Aufgabe der kommunalen Familie. Es sollen weitere Standorte für geeignete Unterkünfte gefunden werden. Dennoch sehe er auch Aufgaben, die das Land zu bewältigen habe, insbesondere bei der Verweildauer der Geflüchteten in den

AfAs. Auf Wunsch der Kreisausschussmitglieder solle in der heutigen Sitzung ein Austausch mit dem Land stattfinden.

Staatssekretär **Littig** betont, dass das Land Rheinland-Pfalz vor ähnlichen Herausforderungen stehe wie auch die Kommunen. Es sei keine geeignete Liegenschaft mehr vorhanden. Wenn das Land vor habe eine Unterkunft aufzubauen, formiere sich umgehend Widerstand seitens der Bevölkerung. Dennoch seien die Aufnahmekapazitäten in den letzten Jahren deutlich erhöht worden. Aktuell sei eine moderate Zuwanderung zu verzeichnen. Als Verteilinstrument diene der sog. Königssteiner-Schlüssel. Die zugewanderten Ukrainer besäßen Freizügigkeit. Es sei davon auszugehen, dass die Flüchtlingszahlen in den nächsten Wochen erneut zunehmen werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) verweist auf die gemeinsame Sitzung des Ältestenrates und der Bürgermeister der Verbandsgemeinden, in der klar geworden sei, dass derzeit keine Wohnungen mehr zur Unterbringung von Flüchtlingen frei seien. Aus seiner Sicht dürfte das Land Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive nicht auf die Kommunen verteilen. Es gebe eine starke Konzentration von Asylunterkünften in der Region Trier (Bitburg, Bernkastel-Kues, Hermeskeil, Konz, Trier). Ein großer Bevölkerungsteil fühle sich vom Land alleingelassen. Er erwarte deshalb, dass das Land zusätzliche Plätze schaffe. Die finanziellen Landeszuweisungen bringen nichts, wenn keine Wohnungen vorhanden seien. Die Länder haben über den Bundesrat die Möglichkeit auf die Bundespolitik einzuwirken.

Daraufhin weist der **Staatssekretär** erneut auf die deutliche Aufstockung der Kapazitäten durch das Land hin. Die Probleme der kommunalen Familie kenne er. Aber das Land habe ähnliche Probleme. Die Konzentration der Unterkünfte in der Region Trier seien historischer Zufall aufgrund dort vorhandener Bundesliegenschaften. Bundesmittel würden 1 zu 1 an die Kommunen weitergeleitet. Die Vorgehensweise sei mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

Der Verbandsbürgermeister **Dixius** bekommt als Gast das Wort vom Landrat erteilt. Er stellt die besondere Situation durch die Grenznähe zu Luxemburg dar. Die Wohnungssuche gehe, trotz intensiver Bemühungen, gegen null. Eine Aufnahmegrenze sei erreicht.

Aus Sicht der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) müsse die Errichtung einer AfA auch gegen einen gewissen Widerstand aus der Bevölkerung möglich sein. Es gebe oftmals wenig sachliche Diskussionen. Der soziale Wohnungsbau könne eine bedingte Lösungsmöglichkeit sein. Zwischen Land und Kommunen herrsche ein fairer Umgang. Die Integration der ankommenden Menschen müsse verbessert werden.

Landrat **Metzdorf** merkt an, dass über viele Jahre hervorragende Arbeit im Bereich der Sozialbetreuung geleistet worden sei. Aktuell gehe die Hilfsbereitschaft jedoch zurück. Für die Integration seien kleinere Einrichtungen zielführender.

Das Land kündige quartalsweise an, wie viele Flüchtlinge voraussichtlich ankommen werden, so der **Staatssekretär**. Die durchschnittliche Verweildauer in Landeseinrichtungen sei gesteigert worden. Problematisch sei, dass verschiedene Länder ihre Staatsbürger nicht zurücknehmen. Hinsichtlich der Errichtung weiterer Unterkünfte sei das Land nach einer Prüfung zum Ergebnis gekommen, dass die Flächen nicht den Ansprüchen entsprechen.

Kreisausschussmitglied **Nickels** (CDU) hebt die Arbeit der Ortsgemeinden hervor. Es sei kein Wohnraum vorhanden. Die Ehrenamtlichen vor Ort leisten enorme Arbeit. Um Akzeptanz zu schaffen, müsse erneut über die aktuelle Situation diskutiert werden.

Kreisausschussmitglied **Wehrheim** (parteilos) zeigt die Bedeutung hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration auf.

Verschiedene Faktoren zur aktuellen Situation schildert der Fraktionsvorsitzende **Holstein** (FWG). Hierzu zählen insbesondere der fehlende Wohnraum und die Grenznähe zu Luxemburg, das Bauen sei zudem kostspielig geworden. Die Kommunen kommen wegen der rechtlichen Rahmenbedingungen an ihre Grenzen. Er stelle sich die Frage, wie das weitere Verfahren sei, wenn kein Wohnraum mehr zur Verfügung stehe.

Staatssekretär **Littig** macht deutlich, dass die staatlichen Ebenen zusammenarbeiten müssen. Wie bereits zuvor geschildert, habe das Land dieselben Probleme wie die Kommunen. Eine Verweigerungshaltung sei ausgeschlossen. Die Unterbringung werde nicht ohne weitere Gemeinschaftsunterkünfte funktionieren. Dabei sollen Notunterkünfte bspw. in Sporthallen vermieden werden. Alternativ könnte das Aufstellen von Containern eine Lösung darstellen. Eine Vereinfachung des Vergabe- und Baurechts sei bereits beschlossen worden. Wenn das BAMF das Verfahren beschleunigen könnte, könnten die Menschen länger in den AfAs bleiben. Die Gerichtsverfahren seien bundesweit am kürzesten, da die Abwicklung zentral in Trier durchgeführt werde.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) betont, dass die Bundesebene die derzeitige Realität anerkennen müsse.

Eine Bezahlkarte soll nach Auskunft des **Staatssekretärs** zeitnah eingeführt werden und die Landkreise und Städte können sich daran freiwillig beteiligen.

Folgend stellt der Fraktionsvorsitzende **Trösch** (BfB) das Aufnahmeverhältnis der Stadt Hermeskeil zur Stadt Trier dar.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) verdeutlicht, dass das Asylrecht im Grundgesetz verankert worden sei. Dieses Recht werde nicht mehr rückgängig gemacht. Aus diesem Grund müssen gemeinschaftliche Lösungen gefunden werden. Für die Kommunen sei der erste Ansprechpartner das Land. Die Bundesebene werde wiederum durch das Land informiert. Sie weise auf einen Antrag zur Prüfung einer Kreiswohnungsbaugesellschaft hin.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Rieger** (CDU) teilt der **Staatssek-**

retär mit, dass auf Bundesebene ein Bewusstsein für die bestehenden Probleme geschaffen werde. Er Sorge sich um die Akzeptanz von Unterkünften. Das Land nehme die Sorgen vor Ort Ernst. Auch für ihn sei es derzeit keine zufriedenstellende Situation. Es werde keine weitere AfA im Westen des Landes errichtet.

Mit einem herzlichen Dank verabschiedet Landrat **Metzdorf** Staatssekretär **Littig**. Beim heutigen Austausch habe es sich um einen Hilferuf aus dem Landkreis Trier-Saarburg, trotz des guten gemeinschaftlichen Miteinanders, gehandelt.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne weitere Fragen zur Kenntnis.

6. **Platzkapazitäten am Schulzentrum Schweich: Zügigkeit Stefan-Andres-Gymnasium / Aufnahmebegrenzung in Gemeinsamer Orientierungsstufe**
Vorlage: 0425/2023/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) merkt an, dass der Schulträger überlegen könne, einen weiteren Zug zu planen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt gemäß der Vorberatung im Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien, dass der Kreistag die Beantragung der Anpassung der Zügigkeit des Stefan-Andres-Gymnasiums Schweich von 3- auf künftig 5-Züge durch die Verwaltung als organisatorische und rahmenrechtliche Anpassung an tatsächliche Gegebenheiten beim Land beschließen möge.

Zudem wird empfohlen, dass der Kreistag beschließen möge, die seit dem Schuljahr 2016/2017 bestehende Begrenzung auf 9 Eingangsklassen in der Gemeinsamen Orientierungsstufe von Stefan-Andres-Realschule plus und Stefan-Andres-Gymnasium gemäß dem aktuellen Bedarf an Schulplätzen auf 10 Eingangsklassen zu erhöhen.

7. Informationen und Anfragen

7.1. Informationen über die neue Kita-Rahmenvereinbarung Vorlage: 0137/2024

Protokoll:

Nach dem Verweis auf die Vorlage durch den **Landrat** ergänzt Geschäftsbereichsleiter **Christmann**, dass hinsichtlich der Kita-Rahmenvereinbarung weiterhin einige offene Fragestellungen vorhanden seien. Es werden weitere Gespräche folgen, um ein regional einheitliches Vorgehen hinzubekommen. Es stehe ein hoher Millionenbetrag im Raum, den der Landkreis Trier-Saarburg zu tragen habe. Aus diesem Grund könne ggf. eine Nachtragshaushaltssatzung in Betracht kommen. Weitere Informationen könne er bei Bedarf im nichtöffentlichen Teil der Sitzung nachtragen.

Die **Kreisausschussmitglieder** bitten um zeitnahe Information an den Kreisausschuss, wenn konkrete Zahlen vorliegen und nehmen die heutigen Informationen zur Kenntnis.

7.2. Übersicht über die kreiseigenen Sporthallen und den Hallen der Verbandsgemeinden; Vorlage: 0138/2024

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Auf Rückfrage von **Kreisausschussmitgliedern** erklärt Geschäftsbereichsleiter **Rauland**, dass die Trinkwassersauberkeit regelmäßig und gewissenhaft überprüft werde.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne weitere Fragen zur Kenntnis.

7.3. Weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Kreisausschussmitglied **Wehrheim** (parteilos) teilt hinsichtlich ihres Antrages zum Klimaschutzkonzeptbericht mit, dass aus ihrer Sicht bisher nur wenige Informationen darüber vorliegen.

Im Folgenden werden von den **Kreisausschussmitgliedern** verschiedene Möglichkeiten genannt, wie das Klimaschutzkonzept vorgestellt werden könnte. Hierzu gehören eine Präsentation im zuständigen Fachausschuss oder ein Zwischenbericht im Kreisausschuss.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen)

schildert Abteilungsleiter **Rösler** den Ablauf zur Zerstörung des sogenannten Bieberteichs bei Hermeskeil. Über die entsprechende Maßnahme sei die untere Naturschutzbehörde im Vorfeld nicht informiert worden. Nach der Verschaffung eines ersten Überblicks werden die weiteren Maßnahmen von der unteren Naturschutzbehörde begleitet. Zusammen mit dem LBM Trier werde nunmehr ein Konzept zur künftigen Vorgehensweise bei solchen Maßnahmen erarbeitet. Die Höhe des Schadens sei noch nicht bezifferbar.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne weitere Fragen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Stefan Metzdorf)

(Andreas Reichert)